

Das »System« zeigte plötzlich Schwächen

Die 68er-Bewegung und Südostasien

Es ist üblich, das Jahr 1968 als Bezeichnung für eine Bewegung zu nehmen, die in den Ländern des politischen Westeuropa und in Nordamerika tatsächliche oder nur scheinbar verkrustete politische Strukturen aufbrechen wollte und dabei gleichzeitig antikoloniale und so genannte »anti-imperialistische« Befreiungskriege in Ländern der sogenannten Dritten Welt unterstützte.

Karl-Heinz Golzio



Dies mag daran liegen, dass dieses Jahr besonders ereignisreich war, sowohl in Bezug auf innenpolitische Vorgänge in einigen westlichen Ländern als auch in Bezug auf Südostasien und insbesondere den Vietnamkrieg. Tatsächlich gab es aber schon länger ein Unbehagen darüber, dass demokratisch verfasste Staaten autokratische oder despotische Systeme außerhalb Europas unterstützten, solange diese nur stramm antikommunistisch waren. In diesem Kalkül spielte es auch kaum eine Rolle, ob solche Regime nicht genauso repressiv und die Menschenrechte mit Füßen tretend waren wie die kommunistischen Staaten, die aber seit den frühen 1960er Jahren selbst keinen einheitlichen Block mehr bildeten, was wiederum auch Auswirkungen auf die 68er-Bewegung(en) selbst haben sollte.

Das Unbehagen begann schon vor '68

Tatsächlich begann das Unbehagen in den Demokratien des Westens schon früher und dann nicht in jedem Land gleichzeitig. Betrachtet man die Bundesrepublik Deutschland, dann schienen gerade in den Jahren nach dem Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961 Sympathiekundgebungen für einen kommunistischen Staat wie Nordvietnam noch undenkbar. Dies änderte sich aber durch verschiedene Faktoren, wie die zunehmende Intervention der USA in Vietnam, die Bil-

dung der Großen Koalition in der BRD, die Kulturrevolution in China und das wachsende Bewusstsein dafür, dass in der BRD immer noch viele alte Nazis wichtige Ämter bekleideten und viele politische Träger auf dem »rechten« Auge blind waren. Daher erschien großen Teilen der jüngeren Generation das Bekenntnis zur Demokratie bei diesen keine positive Größe zu sein, sondern sich in der Negativ-Haltung gegenüber dem Kommunismus zu erschöpfen.

Die Kulturrevolution setzte ein Zeichen des Aufbegehrens

Es war nicht verborgen geblieben, dass die USA mit riesigem militärischen Aufwand in Südvietnam sich einander ablösende autoritäre Regime stützten, die offensichtlich keinen breiten Rückhalt in der Bevölkerung besaßen. Die (erste) Große Koalition schien die Unterschiede zwischen einer als »rechts« betrachteten CDU/CSU und der »linken« Alternative SPD zu verwischen, die zudem gemeinsam im Jahre 1967 einen repressiven Monarchen wie Mohammed Reza Pahlawi, den Schah des Iran, bei dessen Staatsbesuch hoffierte, das Niederknüppeln von Protesten durch »Jubelperser« nicht verhinderte und für den Tod eines Studenten bei den Protesten durch die Hand eines Polizisten verantwortlich gemacht wurde. Gerade zu diesem Zeitpunkt schien die Volksrepublik China mit ihrer Kulturrevolution ein Zeichen des Aufbegehrens gegen einen autoritären Staatsapparat zu setzen, wobei sich die Begrifflichkeiten seltsam verschoben. Denn bei aller berechtigten Kritik war die Bundesrepublik weit davon entfernt ein autoritärer Staat zu sein, wenn gleich gerade in der älteren Generation viele Stimmen zu hören waren, die einem autoritären Staat nicht abgeneigt gegenüberstanden. Zum anderen konnten die Ereignisse in China zumindest in der Anfangsphase

Der Autor hat sich insbesondere mit Kambodscha beschäftigt und ist Verfasser bzw. Herausgeber der Werke »Geschichte Kambodschas«, München 2003 (eine Neufassung soll dieses Jahr erscheinen), und »Macht und Glanz des alten Kambodscha«, München 2007.

den Eindruck erwecken, als würde Mao Zedong durch die Mobilisierung der »Roten Garden« die kommunistische Parteibürokratie – dabei haben in der BRD möglicherweise viele die verknöcherten Apparatschiks der DDR im Hinterkopf gehabt – zugunsten demokratischer Strukturen zerschlagen. Vor allem das Bild von der »großen Unruhe« dürfte einen langfristigen Einfluss gehabt haben, auch wenn es nur zu bald deutlich wurde, dass die Kulturrevolution keine Befreiung, sondern eine viel größere Repression darstellte, die unzähligen Menschen das Leben kostete. Häufig wurde diese Tatsache ausgeblendet oder als Gräuelpromaganda abgetan, zumal wenn das ehemalige NSDAP-Mitglied Bundeskanzler Kiesinger (der deshalb öffentlich von Beate Klarsfeld geohrfeigt worden war) in einer Rede warnend »Ich sage nur China, China, China« verkündete. Außerdem war nicht verborgen geblieben, dass auch viele andere Amtsträger (darunter auch mancher Jurist) auf eine braune Vergangenheit zurückblicken konnten und ihre Gesinnung (und damit auch ihr Handeln) nur unvollkommen hinter einer demokratischen Fassade verbargen. Das machte für viele »68er« den ganzen Staat BRD unglaubwürdig und ließ sie nach Alternativen suchen, die fast immer mit der Überwindung des Kapitalismus einhergingen.

Ein Ausdruck dieses Kampfes war die Unterstützung von Befreiungsbewegungen in der so genannten Dritten Welt und insbesondere des Vietcong und der Nordvietnamesen in ihrem Kampf gegen die USA, die als das Herz des kapitalistischen Systems schlechthin betrachtet wurden. Ungeheuren Auftrieb bekam die 68er-Bewegung nicht zuletzt durch die Ereignisse des Jahres 1968 in Südostasien, als die USA den Nimbus ihrer Unbesiegbarkeit verloren. In der so genannten Tet-Offensive Ende

Januar 1968 wurde das US-Militär überraschend für einige Zeit in die Defensive gedrängt und konnte nur mit Mühe nach

wochenlangen Kämpfen (die Kaiserstadt Hue wurde vom Vietcong fünf Wochen gehalten) viele der früheren Positionen zurückgewinnen. Der Blutverlust des Vietcong und der Nordvietnamesen war zwar immens, aber gleichzeitig war die Behauptung führender US-Generäle, man sehe »Licht am Ende des Tunnels« Lügen gestraft worden. Das führte insbesondere in den USA selbst zu einer Verstärkung der Antikriegsbewegung, und dies nicht nur aus weltanschaulichen Gründen, sondern vor allem aufgrund der steigenden Zahl gefallener US-Soldaten. Der Druck wurde so groß, dass US-Präsident Lyndon Barnson Johnson sich nicht mehr zur Wiederwahl stellte und der republikanische Präsidentschaftskandidat Richard Milhous Nixon (der schließlich die Wahlen gewann) versprach, »die Jungs nach Hause zu holen«.

Auch in den Medien Westeuropas waren jetzt kritische Töne zu hören, die fragten, ob dieser Kampf für die USA zu gewinnen war, ob er überhaupt jemals sinnvoll war und sogar, ob er rechtens (also ein *bellum justum*) war. Zeigte das »System« plötzlich Schwächen? War es überwindbar? Dieser Eindruck wurde durch die Massenproteste und den Generalstreik vom Mai 1968 in Frankreich noch verstärkt, ein Ereignis, das viele überfällige Reformen nach sich zog. Es bildeten sich in Westeuropa viele linke Zirkel, und in einigen entwickelte sich die Idee, dass nur die Bildung einer linken Kaderpartei die Überwindung des als korrupt empfundenen Staates herbeiführen könne. Dabei standen bei vielen die Massenaufgebote der chinesischen Kulturrevolution und der zähe Kampf der vietnamesischen Kom-

munisten Partei. Die weitere Entwicklung solcher Gruppen spielte für Südostasien nur eine marginale Rolle, doch setzte in der BRD insgesamt ein Prozess des Umdenkens ein, der 1969 zur sozial-liberalen Koalition führte.



Die Köpfe der CPK

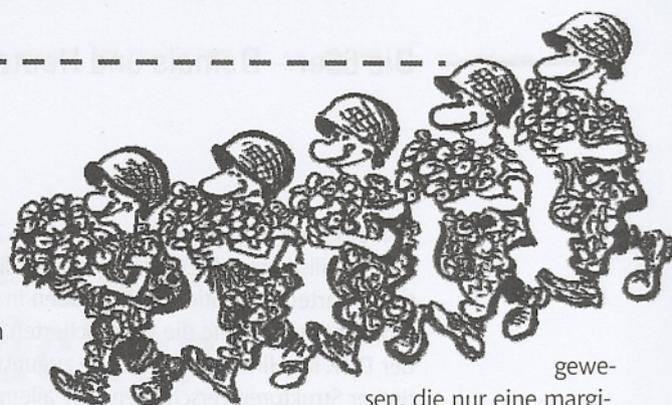
Quelle: Ben Kiernan, The Pol Pot Regime, New Haven 1997

Die Auswirkungen auf Südostasien

Welche Auswirkungen hatten aber zwei für die 68er-Bewegung wichtige Ereignisse wie die Kulturrevolution und der Vietnamkrieg nicht nur auf die Politik der USA, sondern auf Südostasien selbst. Nixon verringerte zwar die US-Truppenstärke in Vietnam, wollte aber gleichzeitig auf dem Schlachtfeld die Kampfkraft Nordvietnams so nachhaltig brechen, dass es nach einem vollständigen Abzug der US-Streitkräfte nicht mehr zu nennenswerten militärischen Operationen in der Lage wäre. Dafür sollte vor allem ein verstärkter Luftkrieg sorgen. Als auch dieser nicht den gewünschten Erfolg brachte, sah Nixon in dem Umsturz vom 18. März 1970 in Kambodscha eine letzte Chance. Dort war »Staatschef« Prinz Sihanuk gestürzt worden, der die unterschiedlichsten Ämter in seinem Land bekleidet hatte: 1941-1955 und 1993-2004 König, mehrfach Ministerpräsident, 1960-1970 Staatschef und danach Führer von Exil-Regierungen. Inwieweit der US-Geheimdienst in diesen Staatsstreich verwickelt war, ist nicht klar, aber er wurde von Nixon zu einer dreimonatigen Invasion gegen die Versorgungswege der Nordvietnamesen in Kambodscha benutzt, begleitet von einem massiven Bombardement, so als ob der 1965 von US-General Curtis LeMay (1906-1990) geäußerte Vorschlag, »Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben« hier verwirklicht werden sollte. Die begrenzte, gegen den US-Kongress geführte (und daher nur drei Monate mögliche) Militäroperation führte erneut zu heftigen Protesten in den USA selbst und erreichte militärisch das Gegenteil des angestrebten Zieles. Denn die Operation hatte dazu beigetragen, dass die nordvietnamesischen Truppen, die vorher nur in den drei kambodschanischen Nordostprovinzen präsent gewesen waren, im Sommer des Jahres 1970 bereits in acht der insgesamt 17 Provinzen des Landes kämpften. Außerdem stärkte dies die Stellung der bislang im Dschungel kämpfenden so genannten »Roten Khmer«, die jetzt zusammen mit dem gestürzten Sihanuk und der Unterstützung Pekings eine Exilregierung bildeten. Führer dieser »Kommunistischen Partei Kampuchreas« (CPK) war der ehemalige Lehrer Saloth Sar (1928-1998), der sich jetzt Pol Pot nannte, aber für die Weltöffentlichkeit lange Zeit eine unbekannte Größe blieb, weil er anders als Stalin und Mao das Gegenteil von Personenkult betrieb, indem er analog zum »Verborgenen Imam« der Schiiten die Rolle eines »Verborgenen Führers« annahm.

Das Chinesische Vorbild sollte in Kambodscha noch radikaler angewandt werden

Intellektuell selbst allenfalls Mittelmaß, erweckte er lange Zeit den Eindruck, als sei Khieu Samphan der führende Kopf der »Roten Khmer«. War Sihanuk bis zu seinem Sturz ein erbitterter Gegner der »Roten Khmer«



gewe-

sen, die nur eine margi-

nale Rolle im Maquis spielten, erfuhren sie durch das Bündnis mit dem Prinzen eine ungeheure Aufwertung und militärisch durch die Erweiterung des von Nordvietnamesen kontrollierten Territoriums auch realen Machtzuwachs. Pol Pots Ideen speisten sich teilweise aus denen Maos, der in der Revolution die Möglichkeit gesehen hatte, ein bisher unbeschriebenes Papier neu zu gestalten, was in China zu den Auswüchsen der »Hundert-Blumen-Kampagne« von 1957 und zur Kulturrevolution (1966-1976) geführt hatte. Pol Pot selbst hatte anlässlich eines Besuches in Peking im Jahre 1966 die Massenaufmärsche und das dahinter stehende voluntaristische Denken erlebt und wollte dieses Vorbild in Kambodscha noch radikaler anwenden.

Vor dem Sieg der »Roten Khmer«, die sich nicht am Friedensabkommen zwischen den USA und Nordvietnam beteiligt hatten, begannen die USA einen Bombenkrieg bisher nicht gekannten Ausmaßes gegen das von ihnen beherrschte Territorium. Im gesamten Kriegsjahr 1972 hatten die B-52-Bomber »nur« ca. 37.000 Tonnen Bomben auf Kambodscha abgeworfen, weil damals Nordvietnam als Hauptziel galt. Im Zeitraum von März bis August 1973 warfen sie jedoch etwa eine Viertelmillion Tonnen Bomben ab, häufig auch auf dicht besiedelte Gebiete, was neue Flüchtlingsströme auslöste. Viele Journalisten bezeichneten später die »Roten Khmer« wegen ihres beispiellosen Terrors und der vielen Todesopfer als »Steinzeitkommunisten«, doch gehen ernsthafte Studien davon aus, dass das »Bombardieren in die Steinzeit« in Nixons und Kissingers geheimem Krieg ebenso viele Opfer kostete. Bei später erfolgten Kriegsverbrechertribunalen ist jedoch fast immer nur von Pol Pot und seinen Komplizen und selten von Henry Kissinger die Rede. Dies soll natürlich die Ungeheuerlichkeiten dieses 1975 etablierten Regimes in keiner Weise relativieren. Dazu zählen nicht nur die vielen Hinrichtungen und Folterungen sowie parteiinterne »Säuberungen« seit Ende 1976, sondern die Folgen der Kategorisierung der gesamten Bevölkerung in 1. »Leute mit vollen Rechten« (neak peñ sith), zumeist so genannte »alte Leute« mit keinen Beziehungen zu »neuen Leuten« oder Hingerichteten; 2. »Kandidaten« (neak triem), die einen mittleren Status einnahmen; sie waren zumeist mittlere und reiche Bauern; und 3. »Abgelegte« oder »Fallengelassene« (neak phñoe), so genannte »Kapitalisten« und Angehörige nationaler Minderheiten, aber auch solche, die als politisch unzuverlässig galten. Je nach Einstufung waren auch die Essensrationen eingeteilt, sodass die »Abgelegten« nur die Hälfte der »Leute mit vollen Rechten« bekamen. Da ein Großteil des angebauten Reis in den Export ging, lagen die Es-



sensrationen häufig unter dem Minimum, doch kann man hier keine für das ganze Land verbindlichen Aussagen machen, da manche Zonen nicht die geforderten Abgabemengen abliefern, sondern einen Teil davon zur eigenen Ernährung zurückbehalten. Aber auch dort, wo die Produktion höher war und die Leute Tag und Nacht arbeiteten, war die Todesrate ebenfalls hoch. Unmittelbar verantwortlich dafür waren vor allem junge Kader, die das ausführten, was sie unter dem Willen der Partei verstanden. Auf diese Weise entstanden überall in Kambodscha die berüchtigten »Killing Fields«, was aber nicht dazu verleiten sollte an Massenhinrichtungen zu denken, sondern lediglich eine Bezeichnung für Massengräber sind, in denen sowohl die durch Hunger und Krankheit Verstorbenen als auch Hingerichtete in der Nähe der Felder, die sie bearbeitet hatten, begraben wurden. Die Masse der Bevölkerung wurde unter dem Pol-Pot-Regime schlimmer als Sklaven behandelt, denn bei letzteren war man auf die Erhaltung der Arbeitskraft bedacht, während hier der Tod von »Abgelegten« zum Kalkül der Politik gehörte.

Zu Beginn der Herrschaft der »Roten Khmer« ließ sich die Situation in Kambodscha – wenn man nicht tatsächlich über Informationen aus erster Hand besaß – von außen, zumal in Mitteleuropa, schwerlich beurteilen, insbesondere, ob die Berichte über Gräueltaten zutreffend waren oder nur auf Fiktionen der »US-Propaganda-Maschine« beruhten. Auch der sofort durchgeführte Massenexodus aus den großen Städten mochte noch als notwendige Maßnahme wegen Versorgungsschwierigkeiten erscheinen, was selbst einige überlebende Opfer des Regimes zu diesem Zeitpunkt glaubten. Aber nachdem sich der Pulverdampf des Krieges verflüchtigt hatte, und voneinander unabhängige und zudem auch seriöse Quellen übereinstimmend über die unvorstellbare Situation in dem Land berichteten, konnte man auch als »68er« spätestens zehn Jahre nach 1977/78 ? davor nicht mehr die Augen verschließen. Man kann ihnen auch nicht pauschal diesen Vorwurf machen, aber es gab natürlich eine ganze Reihe von Anhängern der K-Gruppen, die aufgrund ihrer Nähe zu China, dem engsten Verbündeten des »Demokratischen Kampuchea« alles zu rechtfertigen versuchten. Diese kamen nach dem Sturz des Pol-Pot-Regimes nicht nur wegen des von diesem ausgeübten Terrors in Rechtfertigungsnot, sondern sahen

sich jetzt plötzlich in einer Art »Einheitsfront« mit dem von ihnen bekämpften US-Imperialismus, der aus seiner antivietnamesischen Grundhaltung heraus den von den »Roten Khmer« dominierten Widerstand gegen die 1979 mit vietnamesischer Waffengewalt gegründete »Volksrepublik Kampuchea« unterstützte. Oftmals wandten sich dieselben, die noch vor einigen Jahren lautstark für Vietnam gegen die USA protestiert hatten, nun offen gegen Vietnam, das nun als Handlanger des »Sowjetimperialismus« angeprangert wurde. Es fehlte eigentlich völlig das Bewusstsein dafür, dass der Sturz dieses Regimes unzähligen Menschen das Leben gerettet hat und diese jetzt wieder ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen konnten. Eine Frage, die man den pro-vietnamesischen Linken in unseren Breiten am besten gar nicht stellt, ist die, ob sie dies aus humanistischen Gründen getan haben oder aus rein ideologischen Gründen. Wie dem auch sei, man muss nüchtern konstatieren, dass die vietnamesische Intervention zur Beseitigung eines der schlimmsten Terror-Regime der neueren Zeit geführt hat. Dieser Fall rührt auch an die Frage, ob die Souveränität eines Staates wirklich ein unantastbares, über allem stehendes Gut ist, was militärische Interventionen aus humanistischen Gründen ausschließen würde (dieser brisanten Frage ist die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright in der Süddeutschen Zeitung vom 20. Juni 2008 nachgegangen).

Literatur

Chandler, David P[orter]: *Brother Number One. A political Biography of Pol Pot*. Boulder, Col.: Westview Press 1992.
 Etcheson, Craig: *The Rise and Demise of Democratic Kampuchea*. Boulder, Col.: Westview; London: Frances Pinter 1984.
 Kiernan, Ben: *How Pol Pot came to Power. A History of Communism in Kampuchea, 1930-1975*, London: Verso 1985.
 Kiernan, Ben: *The Pol Pot Regime. Race, Power, and Genocide in Cambodia under the Khmer Rouge, 1975-79*. New Haven [u.a.]: Yale Univ. Press 1996.
 Martin, Marie Alexandrine: *Cambodia. A shattered Society*. Berkeley, Los Angeles: UCLA 1994.
 Raszelenberg, Patrick: *Die Roten Khmer und der Dritte Indochina-Krieg*. Hamburg: Institut für Asienkunde 1995 (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg. Nr. 249).
 Shawcross, William: *Sideshow – Kissinger, Nixon and the Destruction of Cambodia*. New York: Simon & Schuster 1979 (deutsch: *Schattenkrieg – Kissinger, Nixon und die Zerstörung Kambodschas*. Ins Deutsche übertr. von Irmela Arnsperger und Erwin Duncker, Frankfurt/M., Berlin: 1980).
 Vickery, Michael: *Cambodia 1975-1982*, Boston, MA 1984

